

# DER 3. WEG

Zeitschrift für die natürliche Wirtschaftsordnung

Basis zur demokratischen Vollendung  
der freien und sozialen Marktwirtschaft

Kommentar: Vereinigte Schwätzer	S. 2
Weniger Stabilität = mehr Beschäftigung?	S. 3
Rutschpartie der Sozialleistungen	S. 4
Ratlosigkeit - Kennzeichen deutscher Politiker 1929 und 1996	S. 6
Europäische Währungsunion Ist die Kritik daran = DM-Nationalismus?	S. 7
Eine Warnung vor dem Europäischen Binnenmarkt aus dem Jahr 1926	S. 16
Die Größe der wuchernden Geldvermögen	S. 17
Marktwirtschaft versus Kapitalismus	S. 19
Multimedia und virtuelle Welten	S. 24
Zauberwort „Internet“: NWO-Fenster zur Welt	S. 24
Buchbesprechung zu Hans See, Kapital-Verbrechen: Die Verwirtschaftung der Moral	S. 25
Leserbriefe	S. 26
Meine Erwartung, Hoffnungen und Vorschläge	S. 27
Dank an die Spender	S. 28
Wo laufen Experimente?	S. 29
Wir suchen Gesprächskontakte	S. 30
Erst blühende Wirtschaft, dann Eurogeld	S. 32
Impressum	S. 36

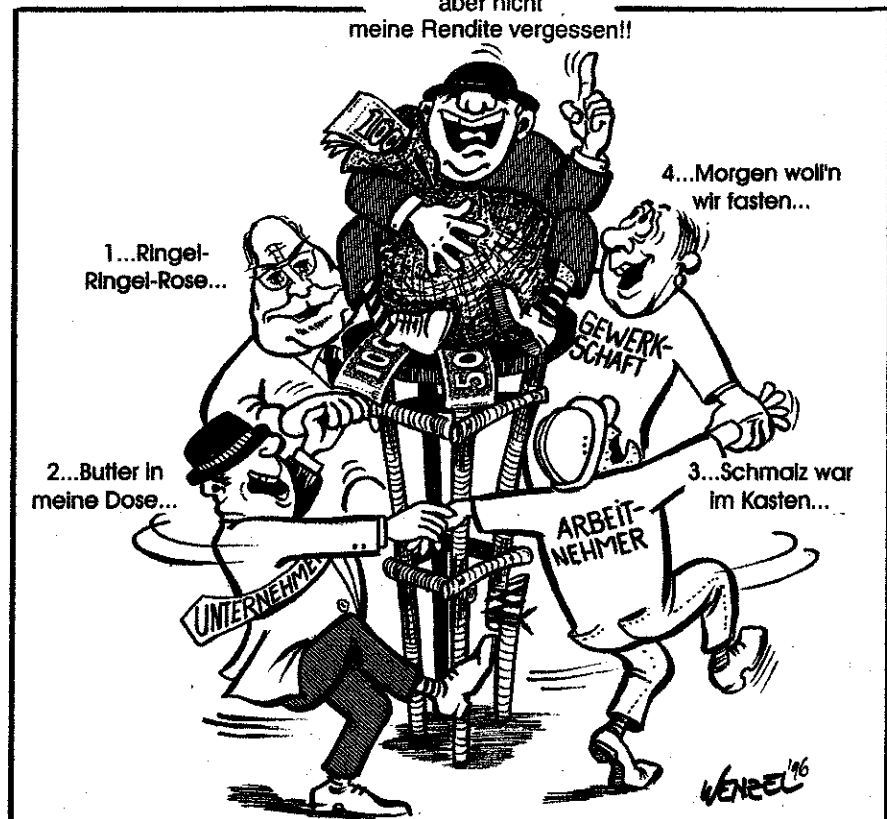
## Bündis für Arbeit: Tanz der Ahnungslosen!

Was zur Zeit die Gemüter bewegt, ist ohne Zweifel die steigende Arbeitslosigkeit. Die Verzweiflung der Betroffenen wächst, je länger die Arbeitslosigkeit dauert - aber auch die Unzufriedenheit mit denen, die angeblich Verantwortung tragen.

Im Fadenkreuz der Kritik stehen Regierung, Arbeitgeber und Gewerkschaften. Da braut sich sozialer Sprengstoff zusammen, der nur deshalb nicht explodiert, weil das soziale Netz noch einigermaßen hält. Doch das ist bald vorbei, wie die täglichen Meldungen über Sozialabbau beweisen. Folglich müssen die Unzufriedenen beruhigt werden. So demonstrieren die kritisierten „Verantwortlichen“ den ernsthaften Willen zur Lösung des Problems, indem sie ein „Bündnis für Arbeit“ schließen. Ahnungslos wie sie sind, tanzen sie Ringelreigen und singen das Lied der Harmonie guter Absichten - und bemerken gar nicht die Nutzlosigkeit ihrer Vorschläge. Unser Vorwurf, sie seien ahnungslos, ist äußerst milde. Denn Regierung, Unternehmer und Gewerkschaften brauchen bloß in ihre Kassen zu gucken um zu sehen, wem sie zuerst zu dienen haben: dem Kapital. Sollten sie das aber wissen, dann ist der Bündnis-Tanz nichts anderes als eine Show zur Beruhigung der Gemüter. Letztlich wäre das Betrug!

(ws)

Macht was ihr wollt ...  
aber nicht  
meine Rendite vergessen!!



# EUROPAKRITIK

## Die Europäische Währungsunion

### Ist die Kritik daran = DM-Nationalismus?

Die europäische Notenbank könnte eine segensreiche Institution werden, aber die Ignoranz der politischen Konstrukteure und die Desinformation seiner Propagandisten machen daraus einen bedrohlichen Spaltpilz für alle Europäer und einen neuen Störfaktor im internationalen Güter- und Leistungsaustausch.

Anmerkungen zu themenbezogenen Artikeln in den Zeitungen:

*Die Zeit* und *Hannoversche Allgemeine Zeitung* (HAZ),

gleichzeitig Hinweise auf die Grundlagenarbeit der Freiwirtschaftsschule mit ihrem Modell

*Natürliche Wirtschaftsordnung,  
einer Marktwirtschaft ohne Kapitalismus*

von Tristan Abromeit - Abschluß 31. Dezember 1995



### Gesamt-Inhaltsübersicht

#### 1. Folge (in diesem Heft)

- 1 Für die Chancen - gegen die Gefahren
  - 1.1 Abwehr von Verdummungsstrategien und Überwindung der Blindflecken
  - 1.2 Zusammenfassung / Merkzettel für die weitere DiskussionAnhang: Gesells Warnung vor dem europäischen Binnenmarkt von 1926

#### 2. Folge (erscheint im März 1996)

- 2 Vom politischen Selbstverständnis, der eigenen Kritikbasis und vom mühsamen Geschäft der Aufklärung
- 3 Schlußbemerkungen zum Teil 1 und 2

#### 3. Folge (erscheint im April 1996)

- 4 Drei Ergänzungen aufgrund neuerer HAZ-Berichte
  - 4.1 Die SPD will nicht lernen, ihre Konkurrentinnen auch nicht
  - 4.2 Wolffsohn: „Europa hat sich noch längst nicht gefunden“
    - 4.2.1 Die Währungsunordnungen als Quellen des Antisemitismus
    - 4.2.2 Ein Exkurs über die Bodenrechtsproblematik als mögliche Gründe für neue Scheiter- und Scherbenhaufen
  - 4.3 Die Volksbanken versprechen: „Wir machen den Weg frei!“ Die Adressaten sollten erwidern: „So fangt doch endlich an und spielt nicht wie bisher die 'Bauernfänger'“

### 1. Folge

#### 1 Für die Chancen - gegen die Gefahren

##### 1.1 Abwehr von Verdummungsstrategien und Überwindung der Blindflecken

Wie begegnet man Zweifel und Kritik an der geplanten Europäischen Währungsunion? Indem man erneut die Angst vor einem neuen deutschen Nationalismus schürt. Diese Methode besorgte schon dem Bundestag eine Mehrheit für die Ratifizierung der Maastrichter Verträge. Eine (Zeit-)Grafik, in der einer DM-Münze eine Pickelhaube aufgesetzt wird, weckt da doch hoffentlich den richtigen Schauer vor dem Abgrund, der sich auftut, wenn die Zahl der Kritiker und Zauderer so stark wird, daß die Maastrichter Verträge einer Revision unterzogen werden müssen. ➤

### Mit Bildern wird manipuliert

Wer die Bildersprache nicht so recht versteht, kann sich auf der gleichen Titelseite der Wochenzeitung DIE ZEIT (29. 9. 1995) mit der Autorität des Exministers, Exkanzlers und Mitherausgebers dieser Zeitung in der Buchstabensprache verklickern lassen, was Sache ist. Helmut Schmidt liest unter dem Titel „*Deutsches Störfeuer gegen Europa*“ und der Schlagzeile „*Fünf Jahre Einheit: Der DM-Nationalismus von Finanzminister und Bundesbank gefährdet die Währungsunion*“ Theo Waigel und dem Bundesbankpräsidium die Leviten. Der Artikel ist taktisch klug aufgebaut. Und taktisch klug heißt in allen politischen Lagern im Westteil der BRD seit Jahrzehnten: Mische Richtiges mit Falschem und reichere den Brei durch Weckung von Schuldgefühlen an, damit er nach Einnahme und Verdauung den gewollten „richtigen“ (Wahl-)Stuhlgang erzeugt.

Da die Mittel eben nicht durch das Ziel geheiligt werden, müssen - um das strategische Ziel „*Freiheit, Frieden und Wohlstand im nächsten Jahrhundert für Europa*“ nicht zu gefährden - die Argumente und Maßnahmen stimmen. Nun könnte man Helmut Schmidt, wie auch Roman Herzog, unserem Bundespräsidenten, mangelnde Systemansichten vorwerfen. (Herzog am 10. Oktober im Europaparlament: „*Die Härte der D-Mark war stets auch ein Gewinn, der der wirtschaftlichen Integration Europas zu verdanken war.*“ (HAZ vom 11. 10. 1995) Aber gegenseitige Vorwürfe blockieren eher einen seit Jahrzehnten überfälligen, radikal offenen Dialog über Probleme und künftige Gestaltung unserer gesellschaftlichen Strukturen in Deutschland, bei unseren Nachbarn und in einem vereinten Europa.

### Bundesdeutsche Realität

Auch wenn es die meisten Parteidemokraten nicht wahrhaben wollen:

**Wir leben in einer Schein-Demokratie mit einer Schein-Marktwirtschaft, einem scheinbar freien Bildungssystem und scheinbar sozialem Sicherungssystem.**

Wenig oder nichts stimmt bei uns und unseren Nachbarn. Die Probleme können aber nicht leichter, sondern nur schwerer einer Lösung zugeführt werden, wenn verschiedene nationale Berge von Problemen zu einem europäi-

schen Problemgebirge zusammengesoben werden.

*„Wir brauchen so viel Integration wie möglich.“*

Diesem Satz von Roman Herzog, den die HAZ am 11. 10. 1995 als Schlagzeile wählte, können auch Maastricht-Kritiker zustimmen, wenn damit nicht ein zentralistischer Supra-Nationalstaat gemeint ist, sondern die Vielfalt der kulturellen Prägungen in der Einheit Europas. Eine von allen Völkern bejahte Integration schafft man aber nicht, wenn man allen Unrat der Nationen unter einen gemeinsamen europäischen Teppich kehrt. Eine Voraussetzung dafür, daß die naturgegebene, nicht wegerziehbare Aggressivität der Menschen sich konstruktiv ausleben kann und nicht wieder zerstörerisch wirkt, ist, daß die gesellschaftlichen Strukturen durchschaubar bleiben oder werden und einen chancengleichen Wettbewerb ermöglichen.<sup>1)</sup> Mit anderen Worten:

**Die Ordnungen, die wir uns geben, müssen einsehbar werden und dürfen auf die große Zahl der Menschen und auf Minderheiten nicht gängelnd wirken und nicht ausbeutend bleiben.**

Die erworbene Narrenfreiheit muß durch eine haftende Gestaltungsfreiheit in allen Lebensbereichen abgelöst werden. Dabei müssen die neuen Strukturen gleichzeitig einen reflektierenden Leistungswillen fördern, der den Griff in anderer Leute Geldtasche via Staat oder Kommission als beschämend zurückweist. In dem angestrebten Europa unserer „Europäer“ kann ich diese Friedensvoraussetzungen aber nicht erkennen.

### Bedenken gegen die EWU unterdrücken, heißt Mißtrauen fördern

In Theo Waigel, unserem Bundesminister für Finanzen, sehe ich eher ein Symbol für ein modernes, staatlich sanktioniertes Raubrittertum und nicht einen Wortführer jener, die Zweifel in bezug auf die geplante Währungsunion haben; und die Bundesbank ist eher ein

1) „Wir bedürfen der konstruktiven Seiten, der sublimierten Formen der Aggression, keine Gesellschaft kann ohne Wettbewerb gedacht werden. Aggression ist eine Grundmacht des Lebens“, sagte Mitscherlich, in: „Den Frieden besser erforschen, Friedenspreis des Deutschen Buchhandels für Prof. Mitscherlich“, HAZ, 13. Oktober 1969.

Ort, wo man sich aus Protest gegen die destruktiven Wirkungen ihrer Politik anketten sollte. Aber dem Finanzminister und dem Bundesbank-Präsidium vorzuwerfen, daß sie ihre Bedenken der Öffentlichkeit vortragen, fördert das berechnete Mißtrauen gegen die Eurokraten und die Opposition gegen die Währungsunion eher, als daß diese dadurch gebremst würde.

### Sicherung der Preisniveaustabilität ist wichtig

Wenn es als ausgemacht gilt, daß in der Währungsunion nur die Staaten Mitglieder werden können, die die gemeinsam beschlossenen Kriterien für Staatshaushalte erfüllen, warum ist dann Waigels Hinweis, daß u. a. Italien diese Kriterien nicht erfüllt, Ausdruck eines „*rücksichtslosen Führungsanspruchs*“ der Deutschen? (Schmidt) In der Sache haben Waigel und auch diejenigen, die die Aufnahmebedingungen formuliert haben, unrecht. Denn für die Stabilität einer Euro-Währung ist es relativ unwichtig, ob die Mitgliedsstaaten gleich hoch oder gleich wenig verschuldet sind. Wichtig ist, daß die Finanzminister keinen Zugriff auf die Notenpresse bekommen. Und wichtiger als eine solide Führung der Staatshaushalte ist, daß die Mitgliedsstaaten die Preise der Güter, die im statistischen Warenkorb zur Messung der Abweichung von der Preisniveaustabilität aufgenommen werden, nicht oder nicht unterschiedlich verfälschen.

### Maastricht ohne demokratische Legitimation

Die Maastrichter Verträge sind - wenn die Demokratie als Regierungssystem mit eigener Logik betrachtet wird, keine Verträge, sondern Diktate, weil die Bürger bei der Formulierung und Beschlußfassung nicht beteiligt wurden. Aber was macht das schon. Die Deutschen durften ja auch nicht eine Verfassung formulieren und beschließen. Von der bundesrepublikanischen Nomenklatura wurde der Maastrichter „Vertrag“ wie das „Grundgesetz“ zu einem Legitimationspapier der Parteienherrschaft - zu der inzwischen auch Joschka Fischer & Co. gehört - degradiert.

Schmidt schreibt:

*„Die Schaffung der Währungsunion ist in erster Hinsicht eine eminent außenpolitische Aufgabe.“*

Diese Aussage stimmt nur, wenn die neue Währung genauso oder besser ihre innenpolitische friedens- und wohlstandstiftende Funktion ausübt wie bzw. als die DM-Währung. Wenn nicht, dann kommt die neue Euro-Währung der Erklärung eines Krieges aller gegen alle gleich. Verträge werden dann geschlossen und eingehalten, wenn alle Beteiligten einen dauerhaften Vorteil davon haben. Mit „alle“ sind nicht nur alle beteiligten Staaten gemeint, sondern innerhalb der Staaten alle Gruppen und Individuen und nicht nur „die Wirtschaft“ oder „die Großbanken“.

### **Vertragsänderung: keine nationalistische Forderung**

Wenn die Verträge mangelhaft sind und sich Irrtümer eingeschlichen haben, dann gibt es ein Instrumentarium, die Verträge zu berichtigen. Es hat nichts, rein gar nichts mit einem versteckten Nationalismus zu tun, wenn Partner auf Bedingungen und Mängel ihrer Verträge hinweisen. Das Verlustrisiko der Deutschen bei dem Aufgehen der DM-Währung in die Euro-Währung ist größer als das bei der Auflösung der Bundesregierung zugunsten einer Europa-Regierung; denn die Unfähigkeit, gesellschaftliche Probleme ohne Produktion von Folgeproblemen zu lösen, ist eine europäische Gemeinsamkeit, jedoch der Wille, eine stabile Währung einzurichten und aufrechtzuerhalten, keineswegs. Wenn die Deutschen aufgrund von schlechten Erfahrungen eine stabile Währung als ein hohes Gut einstufen, dann hat das nichts mit einem Führungsanspruch zu tun, wenn sie Vorbehalte gegen Vertragsländer äußern, die eine Stabilität anders bewerten.

### **Die DM, nicht gerade ein Vorbild**

Daß die deutsche Währung auch keine stabile Währung im engeren Sinne ist, steht dabei auf einem anderen Blatt. Wichtig ist aber zu erkennen, daß wir in der BRD und den anderen europäischen Staaten kein konjunktur- und verteilungspolitisch neutrales Geld haben. Die Vermögenskonzentration mit dem gleichzeitigen Verarmungsprozeß großer Bevölkerungsteile und die Arbeitslosigkeit, die Legislative und Exekutive nicht in den Griff bekommen, stehen unmittelbar mit der mangelhaften (nur relativ guten) deutschen Währungsverfassung und der Politik der Bundesbank im Zusammenhang. Selbst daß der

Sabbat und der Sonntag nicht mehr heilig sein dürfen und ebenso der ökologisch gefährliche Wachstumszwang haben hier ihre Ursachenwurzel. Die Einwirkung des Währungskomplexes auf die Gesellschaft dürfte bei genauer Betrachtung nicht geringer sein als die Auswirkungen des Bundestages auf die Gesellschaft. Wenn es schon ein demokratisches Legitimationsdefizit für die Bundesbank gibt, dann ist im Hinblick auf Euro-Währung der nachfolgende Satz von Helmut Schmidt falsch:

*„Weil laut Maastricht die gemeinsame Zentrale politisch völlig unabhängig sein wird, verlangt die gemeinsame Währung keineswegs nach einer obersten politischen Instanz.“*

Es sei denn - so die Einschränkung meines Urteils -, für die Europäische Zentralbank wird ein Regelwerk geschaffen, das keinen Spielraum für Politik läßt.

In meinem Schriftsatz „Glasnost und Perestroika in der Währungspolitik“ vom Oktober 1989, in dem ich auch die Fragen stellte, ob die Bundesbank auf eine Vereinigung von DDR und BRD vorbereitet sei und wie ihre Vorstellungen von einer gemeinsamen Währungsordnung wären, habe ich geschrieben:

*„So wie die Dinge jetzt liegen, betreibt die Bundesbank Politik mit der Einwirkung auf das Leben jedes Bundesbürgers (und darüber hinaus), ohne daß sie eine demokratische Legitimation dazu hat, und zwar - wie mir scheint - in einer rechtlichen Grauzone. Bei der unklaren gesetzlichen Aufgabenstellung der Bundesbank kommt es zu gegenseitigen Übergriffen in den jeweiligen Aufgabenbereichen von Bundesregierung und Bundesbank, und zwar bei Nichterreichung von ordnungs-, wirtschafts- und sozialpolitischen Zielen.“*

Um diesen rechtlichen, demokratischen Mißstand zu überwinden, sehe ich drei Lösungen:

- a) Die Bundesbank wird mit einer erforderlichen Mehrheit des Bundestages (oder durch Volksentscheid) in den Rang einer vierten, von den anderen unabhängigen, Gewalt gehoben. Wobei die Organe dieser Gewalt (Direktorium und Zentralbankrat) nach demokratischen Regeln gewählt werden.

- b) Die Bundesbank wird zu einem Ministerium der Bundesregierung umgestaltet. Der Notenbankpräsident wird zum Notenbankminister.
- c) Die Bundesbank erhält den Charakter einer regierungsunabhängigen Behörde, die an klar definierte und langfristig geltende Regeln gebunden wird. Ihr wird kein Spielraum für politisches Gestalten nach eigenem Gutdünken zugestanden, und sie wird der parlamentarischen Kontrolle unterworfen.

Zur Lösung a):

Die Währungsmacher haben de facto in der Geschichte mehr oder weniger als von anderen Gewalten unabhängige Gewalt bestanden, wenn die Münze nicht mit dem Fürsten- oder Königsthron zusammenfiel. Diese Gewalt wurde ausgeübt in Unkenntnis der wahren Zusammenhänge oder gerade in deren Kenntnis.

Zur Lösung b):

Rechtlich und demokratisch wäre es auch eine saubere Lösung, die Notenbank zu einem Bundesministerium zu machen. Die Probleme liegen hier in der Begehrlichkeit der Politik. Unter dem Druck, Wahlen gewinnen zu wollen, ist die Gefahr zu groß, ohne Rücksicht auf die Geldwertstabilität über die Notenpresse Wahlgeschenke zu finanzieren. (...)

Zur Lösung c):

Dieses Modell halte ich für demokratisch legitim, sachlich richtig und politisch wünschbar. Es strapaziert nicht das Instrument demokratischer Wahlen, läßt keinen Platz für Demagogie, erlaubt Kontinuität und ermöglicht eine Reduzierung des organisatorischen Aufwandes und der Kosten der Notenbanken. Voraussetzung dieses Modells ist aber, daß die in der realen Währungspolitik und in der offiziellen Volkswirtschaftslehre vorhandenen Theoriedefizite ausgeglichen werden ...“

Ich habe dann als Nr. 11 in meinem Fragenkatalog formuliert:

„Welcher der vorgestellten Lösungen (a, b, oder c) würde der Zentralbankrat den Vorrang geben, wenn er sich aufgrund politischer Umstände dazu gezwungen sähe?“

Ich habe natürlich darauf keine Antwort bekommen. Wenn aber hier schon ein

Klärungs- und Entscheidungsbedarf für die deutsche Währung besteht, dann ist dieser Bedarf im Hinblick auf die europäische Währung noch viel größer. Die SPD, zu der Helmut Schmidt ja wohl noch immer gehört, hat in Zeiten der Weimarer Republik lieber Hitler das politische Feld überlassen, als das Währungseinmaleins zu lernen, und heute ist sie dabei, sich ebenfalls aufgrund von Unkenntnis oder Leugnung der währungspolitischen Zusammenhänge bedeutungslos zu machen. Die anderen Parteien, die sich am Niedergang der SPD weiden, merken nicht, daß sie vom gleichen Sog erfaßt worden sind.

### **Vor Beginn der Währungsunion müssen alle Details festliegen**

Von Werner Hoyer, Staatsminister im Auswärtigem Amt, wird in der HAZ vom 2. 10. 1995 berichtet, daß er schon eine Diskussion über die Verschiebung der Währungsunion für unverantwortlich hält. Es ist bei der gegebenen Sachlage gerade umgekehrt: Es ist unverantwortlich, vor der Einführung der Währungsunion nicht über ihre theoretischen, demokratischen, rechtlichen und praktischen Grundlagen zu diskutieren.

Auf Europa übertragen, würde die Lösung b) (Notenbankleiter = Notenbankminister) eine Euro-Regierung voraussetzen. Und hier kann ich Helmut Schmidt voll zustimmen:

*„Eine frühe Herstellung der politischen Union würde doch geradezu zwangsläufig enormen fiskalischen Ansprüchen auf zusätzliche Ausgleichssysteme der Steuern und Finanzen, der Lohn- und Sozialleistungen ausgesetzt.“*

Warum ist das so?: Die Bürger in den europäischen Staaten haben eben nicht ihre sozialen und ökonomischen Probleme durch dezentrale, freiheitliche, in sich soziale marktwirtschaftliche Strukturen gelöst, sondern sie versuchen immer noch, den nicht wegzuleugnenden gesellschaftlichen Krebs *Kapitalismus* durch *Staatsinterventionismus* unterschiedlichen Zentralisationsgrades zu bekämpfen. Die Lehren aus dem untergegangenen zentralistischen Sozialismus der osteuropäischen Staaten werden für den Westen immer noch nicht gezogen.

### **Bewußte Irreführung über das Wesen des Kapitalismus**

Die Bekämpfung des Übels fällt aber im Westen schon deshalb schwer, weil die Begriffe Marktwirtschaft und Kapitalismus von den Massenmedien, politischen Organisationen und zum Teil auch von der Wirtschaftswissenschaft als Synonyme benutzt werden.

Dabei ist die Marktwirtschaft ein Steuerungssystem, das ohne zentralen Plan auskommt, und der Kapitalismus ist die Möglichkeit, aufgrund von strukturellen, rechtlichen Fehlkonstruktionen leistungsloses Einkommen zu Lasten der Arbeit zu erzielen, und das ist eben Ausbeutung. Daß dieses alles auch noch mit der Währungsverfassung zu tun haben könnte, wird im gesamten politischen Lager - von links bis rechts - gelehrt, weil es eben nicht mit der jeweils gepflegten Ideologie in Einklang gebracht werden kann.

Zentralistische Einheiten - egal ob marxistisch, kapitalistisch-nationalistisch oder kapitalistisch-staatsinterventionistisch begründet - zu vereinigen, kann nur durch die Auflösung der Zentralismen oder durch die Zentralisation der Zentralismen geschehen. Mit einer weiteren Zentralisation ist die Idee des Europas der Vater-(Mutter-)länder oder die Vielfalt der Kulturen in der Einheit Europas nicht in Einklang zu bringen.

#### **Wenn wir nicht den zentralistischen Supra-Nationalstaat Europa wollen, dann müssen wir uns für das Prinzip der Dezentralität entscheiden.**

Ein dezentrales Europa läßt sich aber nur mit dem Steuerprinzip Marktwirtschaft herstellen. Eine Entscheidung für die Marktwirtschaft oder für den Kapitalismus mit seinen systemlogischen Zwängen zur Konzentration, zum Wachstum und zu staatsinterventionistischen Korrekturmaßnahmen, wird aber schon mit der Art der Gestaltung der einzuführenden Währungsverfassung gefällt.

#### **Währung wirkt auf Gesellschaftsordnung**

Die Währungsverfassung (ein zentralistischer Kontrapunkt in einer dezentralen Ordnung) kann, auf die gesamtgesellschaftliche Ordnung bezogen, nicht neutral sein. Sie fördert oder zerstört eine dezentrale Ordnung. Würde aber

eine der Marktwirtschaft adäquate Währungsverfassung eingeführt, dann könnten die Interventionspolitiken der Nationalstaaten und die staatlichen Zwangskollektive - die heute als Korrekturmaßnahmen zum Kapitalismus gedacht sind - langsam aufgelöst werden. Eine politische Einigung Europas wäre nur noch ein Kinderspiel.

### **Demokratie in Gefahr**

Da aber 99,9% der Bürger Europas keinen Einfluß auf diese Entscheidungen haben, ja nicht einmal wissen, was da von anmaßenden Stellvertretern für sie entschieden wird, wird unser ausgehendes 20. Jahrhundert in Europa mit der Kapitulation der Ideen von der Demokratie und der Marktwirtschaft enden.

Jeglicher moralische Anspruch, z. B. China wegen mangelnder Demokratie zu kritisieren, entfällt. Es ist das Werk unserer „Demokraten“ und „Europäer“, egal ob sie sich als „sozial“, „liberal“ oder „christlich“ verstehen, die aufgrund ihres Widerwillens gegen eine gründliche Systemanalyse ihre eigene Glaubwürdigkeit und die Chancen für ein friedliches und freies Europa sabotieren.

### **Währungen währten noch nie**

Helmut Schmidt verweist darauf, daß die Wechselkurse der Mark in den letzten 25 Jahren keineswegs stabil waren. Und er schreibt dann wörtlich weiter:

*„Wer die von Amerika ausgehenden Währungsturbulenzen der letzten Jahrzehnte miterlebt hat, der sollte froh sein, daß die gemeinsame europäische Währung und die gemeinsame Europäische Zentralbank endlich die Chance eröffnen, sich des Übergewichts des kranken Dollars zu erwehren. Und wer den heutigen ‚Gemeinsamen Markt‘ ökonomisch betrachtet, der muß die Tatsache von über einem Dutzend Währungen innerhalb dieses Marktes für eine Absurdität halten und die deshalb alljährlich anfallenden rund dreißig Milliarden Mark internationaler Transaktionskosten für einen überflüssigen, höchst teuren Luxus ansehen.“*

Auch hier ist unserem Exkanzler zuzustimmen. Nur ist die Zustimmung noch kein Beweis für die Richtigkeit des Weges, den er als Minister und Kanzler gegangen ist und den er uns heute als schreibender Zeitgenosse weisen will.

1966 hatte ich innerhalb eines Studiums an der Akademie für Wirtschaft und Politik in Hamburg in einer schriftlich vorzulegenden Arbeit die Gelegenheit, mich intensiv mit der „*Problematik flexibler Wechselkurse ...*“ auseinanderzusetzen. Ich schrieb damals im Vorwort dieser Arbeit:

*„Durch den Vergleich der beiden Wechselkurssysteme konnte festgestellt werden, daß die Problematik der flexiblen Wechselkurse nicht in der Anwendung dieses Systems, sondern in deren Einführung liegt.“*

### **Verkrampftes Festhalten an überholten Theorien**

Und ich verweise zum Schluß darauf, daß es bei der Beurteilung der Sachverhalte durch die Wirtschaftswissenschaftler nicht nur um Einsichten, sondern auch um Meinungsführerschaft, also um Glauben und Ergebnisse gruppendynamischer Prozesse geht. Der Engländer John Strachey schreibt dazu in seinem Buch *Kapitalismus - heute und morgen* (Düsseldorf 1957):

*„Viele verheerenden Fehlkalkulationen der klassischen Nationalökonomien wie auch der Marxisten sind daraus entstanden, daß man Lehrsätze mit unbeugsamer Logik in sozialen und politischen Umgebungen verfocht, zu denen sie nicht länger Bezug hatten und haben.“* (S. 122)

### **Notenbanken auf ihre originären Aufgaben beschränken**

Kann eine Notenbank (z. B. Deutsche Bundesbank oder Europäische Zentralbank) überhaupt den Binnenwert und den Außenwert der Währung, für den sie zuständig ist, stabil halten? Nein, das kann sie nicht. Eine Notenbank kann man zwar mit dem Instrumentarium ausstatten, das sie in Lage versetzt, mit einer Abweichung vom Bruchteil eines Prozents ein stabiles Preisniveau zu sichern. Eine Notenbank kann aber nicht in die Lage versetzt werden, für stabile Wechselkurse zu sorgen, denn der Preis einer Währung, ausgedrückt in einer anderen Währung, wird wesentlich davon bestimmt, ob die Vergleichswährung(en) ebenfalls stabil ist (sind). Und die Stabilität ausländischer Währungen kann eben nicht die binnenländische Notenbank bestimmen. (Das gilt auch für eine europäische Zentralnotenbank.)

Stabilität der Wechselkurse ist auch erreichbar, wenn die betroffenen Notenbanken ihre Währungen im Gleichschritt in- oder deflationieren. Diesen theoretisch möglichen Gleichschritt herzustellen, dürfte praktisch aber unmöglich sein und ist ökonomisch auch nicht wünschenswert.

### **Notenbanken fehlt das Instrumentarium zur präzisen Geldmengendosierung**

Warum gibt es so große Wechselkursschwankungen, die über die Abweichungen der Kaufkraftparitäten der betreffenden Währungen hinausgehen? Der wesentlichste Faktor dürfte sein, daß die Notenbanken die Geldmenge, die sie herausgeben (emittieren), nicht kontrollieren können. Sie können nicht sichern, daß das Geld national wie international seiner Hauptfunktion, nämlich den Austausch von Gütern und Leistungen zu ermöglichen, nachkommt. Die internationalen Finanzmärkte werden dominiert von Geld, das nicht dem internationalen Handel dient, sondern nur noch der Spekulation.

### **Kursmanipulationen widersprechen der Marktwirtschaft**

Die Versuche der Notenbanken, durch Interventionen an den Devisenmärkten (durch Kauf oder Verkauf eigener Noten oder Devisen) die Kursbewegungen zu glätten oder in einen für ihren Geltungsbereich günstigen Trend zu drücken, verstoßen erstens gegen die innere Logik der Marktwirtschaft, sind zweitens in der Regel vergebliche Versuche, weil die Reaktionen der Notenbanken von der Spekulation vorhersehbar sind, und drittens sabotieren diese Devisenmarkt eingriffe die innere Stabilität der Währungen. Wer sich auf die Systemlogik von Währungen einläßt, wird dann zum Schluß kommen, daß den Notenbanken der An- und Verkauf von Devisen überhaupt versagt wird oder daß solche Geschäfte (wie Karl Walker, „*Neue Europäische Währungsordnung*“, 1962, es fordert) völlig getrennt werden von ihrer eigentlichen Aufgabe, der Versorgung des Binnenmarktes mit der richtigen Geldmenge.

### **Von der kranken Leitwährung Dollar zur kranken Leitwährung Euro**

Wie konnte der Dollar, der ja eine nationale Währung ist, zu einer Leit- und Reservewährung, zu einer Art Weltwäh-

rung werden, und war die Dollarwährung zu Zeiten fixierter Wechselkurse noch gesund? Und: Ist es erstrebenswert, daß eine Eurowährung die Funktion des Dollar im Weltmarkt übernimmt? Welche Probleme kommen auf uns zu, wenn der Dollar seine Stellung in der Welt einbüßt?

Nach meiner Einsicht konnte der Dollar zu seiner einmaligen Stellung unter den Währungen kommen, weil die USA als Siegermacht nach dem Zweiten Weltkrieg in der ganzen (freien) Welt politisch präsent waren, der Dollar im Vergleich zu anderen Staaten einen riesigen Binnenmarkt repräsentierte, dieser Binnenmarkt dem Modell der Marktwirtschaft am nächsten kam und daher besonders leistungsfähig war (dadurch auch ein Platz der Kompensation von Mängeln der Zentralverwaltungswirtschaften wurde) und die USA im Vergleich mit anderen Ländern ein relativ stabiles Preisniveau hatten.

Der Dollar ist von der Konstruktion her gesehen aber eine Nationalwährung und keine Weltwährung. Die Dollarnoten und -Münzen repräsentieren Ansprüche gegen den amerikanischen Binnenmarkt. Soweit der Dollar als Reservewährung in die Horte der Notenbanken anderer Länder, in die Kriegskassen ausländischer Regierungen, in die Strategiekassen von Unternehmen gelangte, hätte im Binnenmarkt des Dollargeltungsbereiches eigentlich eine Deflation ausgelöst werden müssen. Wenn nicht durch die Notenpresse des Federal Reserve Systems für einen Ausgleich gesorgt worden wäre. Für die Vergangenheit bedeutet der Sachverhalt eine ständige Subventionierung der US-Volkswirtschaft durch ausländische Volkswirtschaften, weil die Gegenwerte für die nicht in den USA präsentierten Dollars nicht abgerufen wurden.

### **Auswirkungen der Eurowährung zum Dollarraum problematisch**

Die Wirkung für die Zukunft ist für die USA nicht rosig. Verliert der Dollar seine Weltgeltung, weil das Vertrauen in ihn schwindet oder weil eine andere Währung interessanter wird, dann wandern die weltweit zirkulierenden und gehorteten Dollars zurück in die USA und lösen dort eine Superinflation aus.

Wir Deutschen haben aber keinen Grund zur Häme. Unsere DM ist ja in

## Kritik an EWU: keinesfalls nationalistisch

einer ähnlichen Situation wie der Dollar. Die Dimensionen sind nur kleiner.

### Wechselkursprobleme der außereuropäischen Währungen bei Einführung des Euro

Was passiert in dem Fall, wenn die Euro-Währung mit der Regelung installiert wird, daß die Währungen der Mitgliedsländer zu einem fixen Kurs eingetauscht werden können? Die neue Eurowährung erhält gleich einen Inflationsschub, weil mehr an nationalen Währungseinheiten (besonders DM) bei der europäischen Notenbank angeboten werden, als vorher kalkulierbar ist. Wenn der Umtausch aber zu flexiblen Kursen vereinbart wird, dann müssen die Deutschen mit hoher Wahrscheinlichkeit einen großen Wertverlust hinnehmen, weil die aus den ausländischen Horten und irregulären Kreisläufen auftauchenden DM den DM-Kurs gegenüber der Eurowährung drücken werden.

### Dollar-Imperialismus wurde in Zeiten fixierter Wechselkurse begründet

Nun zu der Frage, ob der Dollar zu den Zeiten fixierten Wechselkurse „gesund“ war? Er war es nicht. Der Austauschkurs zu anderen Währungen entsprach nicht seiner Kaufkraftparität. Das heißt, der Dollar mußte zu hoch bezahlt werden. Ich habe die Zahlen für die Überbewertung gegenüber der DM nicht parat. Die Unterbewertung der DM war aber erheblich. Diese Unterbewertung im Zusammenhang mit dem Ankaufszwang der deutschen Notenbank führte zu einer erheblichen Subventionierung der US-Dollar-Investoren in Deutschland und der deutschen Exporteure, die von der Gesamtwirtschaft über die Inflationierung ihres Geldes aufgebracht wurde. Hier wurde der Dollar-Imperialismus begründet, gegenüber dem die Atlantiker in der deutschen Politik blind waren. Und die us-amerikanische Wirtschaft und Politik war nationalistisch genug gesonnen, um nicht ohne Not diesen Vorteil der Herrschaft ihres Dollars von sich aus zu korrigieren.

### Schon einmal sorgte ökonomischer Druck zur Ablösung fester Kurse

Es war weniger ein Streben nach Gerechtigkeit zwischen den Völkern, das zu einem Systemwechsel von fixierten zu mehr freien Wechselkursen geführt

hat; auch war es nicht so sehr die Einsicht der Ökonomen, die den Kurswechsel im internationalen Zahlungsverkehr erzwingen, sondern vielmehr der ökonomische Druck aus den benachteiligten Volkswirtschaften. Den Mut zu wirklich freien Wechselkursen hatte man aber nicht. Emminger von der Bundesbank sprach von kontrollierter Flexibilität (lt. Elimar Rosenbohm in „*Internationale Währungsordnung*“, *Zeitschrift für Sozialökonomie*, April 1970). Später sprach man vom *schmutzigen Floating*.

Mit der Schaffung einer europäischen Währung sind also keinesfalls die Weltwährungsprobleme schon gelöst. Denn es ist, von der Weltebene her gesehen, kein Fortschritt, wenn der Dollar durch eine europäische Währung abgelöst würde.

### Gesell, Keynes und Walker boten bessere Lösungen

Man kann den Eindruck gewinnen, daß in der Politik die Irrationalität bei den Zielerreichungsmaßnahmen einen besonderen Stellenwert hat. Wäre es anders, würde man doch einmal das zu lösende Problem beschreiben, dann die bereits erarbeiteten Lösungsvorschläge durch neue ergänzen, alle einzeln auf ihre Schlüssigkeit und Nebenwirkungen überprüfen und nach Möglichkeit das Risiko einer Fehleinschätzung und -Entscheidung durch ein empirisches Experiment in einer kleinen Einheit begrenzen. Wäre man so vorgegangen in bezug auf nationale und internationale Währungsprobleme, wäre man auf Silvio Gesells *Internationale Valuta Assoziaton*, auf John Maynards Keynes *Bancor-Währung* und Karl Walkers *Neue Europäische Währungsordnung* gestoßen. Meiner Erinnerung nach erhielt Walker für seinen Vorschlag seinerzeit aus Brüssel Lob.

### Vorschlag Waigels übernommen: Europas Währung soll Euro heißen

Laut einem Bericht der HAZ vom 2. Oktober sind sich die Finanzminister der Europäischen Union einig, den beschlossenen Fahrplan zur Einführung der Euro-Währung zum 1. 1. 1999 einzuhalten. Nur über den Namen der Währung sei man sich noch nicht einig.

„Der Bonner Finanzminister plädierte für die Bezeichnung 'Euro', die in den einzelnen Ländern jeweils mit dem traditionellen nationalen Währungs-

namen zu 'Euro-Mark' oder 'Euro-Gulden' verbunden werden könnte.“

Ein solcher Vorschlag wurde wohl gemacht, um nationale Widerstände abzuschwächen. Die Regelung ist ein fauler Kompromiß und eine Roßtäuscherei, da doch das Geld nicht nur jeweils in den Grenzen der Mitgliedsländer umlaufen wird. Es schafft nur Verkehrsunsicherheit, wenn der Name für das neue Geld nicht eindeutig ist. Karl Walker schreibt in seinem bereits erwähntem Buch „*Neue Europäische Währungsordnung*“.

„Wir haben an die Stelle der *Gesell'schen IVA-Note* oder des *Keynes'schen Bancors* den Begriff 'Europa-Mark' gesetzt. Die 'Mark' ist ein sehr alter europäischer Rechnungsbegriff, ursprünglich ein Gewichtsbe-griff, der von Schweden, Dänemark, im 9. Jahrhundert über England (10. Jahrhundert) in die romanischen Länder eindrang und das römische Pfund verdrängte. Als Münze wurde sie im 16. Jahrhundert in den Hansestädten zu 16 Schilling ausgeprägt. Im Deutschen Reich wurde sie aber erst 1871 Währungseinheit im heutigen Sinne, nachdem Finnland seine Markka wenige Jahre zuvor (1864) als Währungseinheit eingeführt hatte.

Für den Sinn der Sache kommt es nicht auf die Bezeichnung an; es könnten auch jede beliebige Benennung gewählt werden - so hat beispielsweise der USA-Senator Fulbright schon 1952 einen 'Europa-Dollar' empfohlen. Was aber bei diesem Vorhaben prinzipiell vermieden werden sollte, das ist: daß eine der bestehenden Währungen als Währung des Gemeinsamen Marktes übernommen wird.“ (S. 119)

### Wenn Geldverwalter nur wüßten, was Geld ist

Karl Walker war es auch, der sich recht früh um eine Klärung des Geldbegriffes bemüht hat (*Das Buchgeld*, 1951). Konstrukteure und Praktiker, die eine Betonbrücke bauen wollen, müssen wissen, was Beton ist. Sie können nicht alles zu Beton erklären, was sich mischen läßt. Unsere Notenbank, die meisten Währungstheoretiker und -politiker erklären aber alles zu Geld, womit eine Rechnung beglichen werden kann. Auf dieser Basis läßt sich keine funktionsgerechte Währungsbrücke bauen.

In seiner Kritik der Kritik von leitenden Bundesbankangehörigen an der Währungsunion verweist Helmut Schmidt darauf, daß das Grundgesetz nichts über die Aufgaben der Bundesbank sagt. Das Bundesbankgesetz würde die Unabhängigkeit der Bundesbank regeln und sie verpflichten

*„unter Wahrung ihrer Aufgabe die allgemeine Wirtschaftspolitik der Bundesregierung zu unterstützen“ ... „Das Gesetz bietet der Bundesbank keinerlei Legitimation zur öffentlichen Propaganda gegen den von der Bundesregierung geschlossenen und vom Parlament ratifizierten Maastrichter Vertrag ...“*

Ich kann den Groll von Schmidt verstehen. Ich glaube aber, er hat keine Ahnung davon, wie es ist, wenn man gegen die Apparate Bundesbank, Bundesregierung und Massenmedien wie in einem schallschluckenden Raum argumentieren muß, ohne die Chance zu haben, die wachen Bürger zu erreichen.

### **Bundesbank mahnt zu recht**

Mein Groll auf die Bundesbank würde sich - wenn man ihn messen könnte - vermutlich als größer erweisen, als derjenige von Helmut Schmidt. Trotzdem verteidige ich in bezug auf die Währungsunion die Öffentlichkeitsarbeit der Bundesbank. Egal ob die Kritik aus organisationsegoistischen Motiven oder aus Sorge um das Gemeinwohl formuliert wurde und wird, sie hilft immerhin dazu, daß das in der Öffentlichkeit total unterbelichtete Thema Währung durch eine Nachbelichtung doch noch in seinen Konturen sichtbar wird.

In meinem Schrieb an den Bundestag und die Landtage vom November 1991 mit dem Titel *Die Verfassungs-Piraten* leite ich den Abschnitt „Währung“ wie folgt ein:

*„Der Artikel 88 GG lautet kurz und bündig: ‚Der Bund errichtet eine Währungs- und Notenbank als Bundesbank.‘ Und im Artikel 73 heißt es: ‚Der Bund hat die ausschließliche Gesetzgebung über ... das Währungs-, Geld- und Münzwesen, Maße und Gewichte sowie die Zeitbestimmung.‘ Es wäre sicher interessant, an Hand der Protokolle und Aussagen von Mitgliedern des Parlamentarischen Rates herauszufinden, wie die Kürze des Bundesbankartikels zustande gekommen ist. Ich vermute, die Mitglieder des Parla-*

*mentarischen Rates waren entweder in bezug auf das Sachthema Währung unkundig, oder sie haben vor der als schwierig eingestuften Materie kapituliert und waren froh, als ihnen einge-flüstert wurde, es genüge, wenn sie den Artikel wie oben zitiert beschließen würden.“*

Allein der Bundesbankartikel im Grundgesetz beweist schon, daß die Einstufung des GG als vortrefflich oder nicht übertreffbar eine rein ideologische ist. Es wäre doch ein interessantes Dissertations- oder Habilitationsthema: Vergleichende Studie über den Stand des Sachverständigen der Abstimmungsberechtigten bei der Entscheidung für den Bundesbankartikel im Grundgesetz und der Zustimmung zur Währungsunion im Maastrichter Vertrag. Ich denke, in diesem Zusammenhang sind weniger die Abstimmungsberechtigten zu kritisieren als vielmehr jene Menschen, die sich für die Forschung und Aufklärung in diesem Sachbereich bezahlen lassen, ihrer Aufgabe aber nicht oder nicht genügend nachkommen.

### **Europäische Zentralbank sollte die Widersprüche des Bundesbankgesetzes nicht übernehmen**

Eine widersprüchliche Aufgabenstellung, wie das Bundesbankgesetz sie für die Deutsche Bundesbank formuliert - einerseits Unabhängigkeit der Bank und Verpflichtung zur Stabilität und andererseits Verpflichtung zur Unterstützung der Wirtschaftspolitik der Regierung - sollte den künftigen HüterInnen der Euro-Währung nicht gestellt werden. Auch eine Spaltung der Geldversorgung (Münzhoheit bei der Bundesregierung und Notenmonopol der Bundesbank) sollte auf Europaebene in jedem Fall vermieden werden. Einmal würden dadurch unnötige Konflikte zwischen den Mitgliedern (Nationalregierungen) der Währungsunion und zwischen dem Block der Nationalregierungen (oder nationalen Einzelregierungen) und der europäischen Notenbank vermieden, und zweitens wäre dann das Emmissionsrecht ganz bei der Institution, die allein für die Geldwertstabilität verantwortlich ist. Und damit „Verantwortlichkeit“ nicht nur eine schöne Vokabel für Fenster- und Sonntagsreden bleibt, müssen die Gehälter der Verantwortlichen mit empfindlichen Abschlägen versehen werden, wenn sie ihrer Verantwortlichkeit für die Stabilität

nicht gerecht werden. So etwas nennt man Rückkoppelung, und diese wirkt viel besser als Strafandrohungen oder öffentliche Beschimpfungen.

### **Haltloser Nationalismusvorwurf**

Sicherlich gehört für einen Nationalisten eine eigenständige Währung zu einem Definitionsmerkmal seiner Nation. Nur scheint es mir völlig ungerechtfertigt, wenn Schmidt die Kritik an der Währungsunion als „DM-Nationalismus“ abqualifiziert. Als DM-Nationalismus würde ich viel eher den zentralistischen und obrigkeitsstaatlichen Zugriff auf die Vermögen der Bürger der ehemaligen DDR und der Alt-BRD zum Zwecke der Schaffung eines deutschen Einheitsstaates verstehen.

Unter Zagen und Zaudern ist von Oliver Schumacher ebenfalls in der ZEIT vom 29. September zu lesen:

*„Schreckgespenst Währungsunion. Fast vier Jahre nach der Unterzeichnung des Maastrichter Vertrages steckt das europäische Großprojekt in einer Vertrauenskrise.“*

Zu erfahren ist, daß die mittelständischen Unternehmen Angst davor haben und die Großbanken - argwöhnisch beäugt von den Genossenschaftsbanken und den Sparkassen - zu der Speerspitze der Europabegeisterten gehören, daß aber nach heutigem Stand nur Deutschland und Luxemburg den Sprung über die Beitrittschürden schaffen.

*„Gute Voraussetzungen hätten noch Großbritannien und Dänemark, aber beide wollen nicht mitmachen.“*

Es wird der Hauptgeschäftsführer des Bundesverbandes Deutscher Banken, Manfred Weber zitiert:

*„Wir sind wirklich besorgt über die negative Stimmung im Land.“*

Weiter meint Weber:

*„Wir brauchen jemanden, der - wie damals Ludwig Erhard für die Soziale Marktwirtschaft - werbend für Währungsunion durch das Land zieht und die Leute unermüdlich zu überzeugen versucht.“*

Der Schlußsatz von Schumacher lautet:

*„Bonn muß im Inneren und Äußeren noch viel, viel Überzeugungsarbeit leisten.“*

Dazu ist Zweierlei zu sagen:



1. Bonn muß sich erst einmal schlaumachen und dann ehrlich und offen die Bürger über mögliche Modelle von Währungsverfassungen für Europa und deren Wirkungen aufklären. Das Motto: „Den Nebel in unseren Köpfen müssen wir mit Durchhalteparolen und Propaganda überwinden“, könnte sich für alle Europäer katastrophal auswirken. Helmut Kohl könnte sonst später nicht als der große Kanzler der deutschen und europäischen Einheit beschrieben werden, sondern als ein Teddybär, der es verstanden hat, den Leuten vorzugaukeln, er habe die Kraft eines richtigen Bären.

2. Ein Ludwig Erhard hätte sich bestimmt nicht für ein gutes Ziel, mit dem Schindluder getrieben wird, hergegeben. Er wäre auch bestimmt nicht der Meinung gewesen, daß das Projekt nur eine Sache der Großunternehmen und der staatlich finanzierten Experten und Propagandisten gewesen wäre. Und er hätte vermutlich auf mehr Klarheit und Wahrheit gedrungen. Im Geleitwort der ersten Ausgabe (1949) der Zeitschrift „Währung und Wirtschaft“, das von Erhard, Hielscher, Kromphardt, Lautenbach und Schönwandt gezeichnet wurde, heißt es:

*„Beste Ergiebigkeit der Arbeit freier Menschen in einer echten Sozialordnung ist das Ziel jeder wirtschaftlichen Betätigung und Organisation (oder sollte es sein). Diesem Ziel näherzukommen, erfordert das Zusammenwirken der in gutem Sinn akademischen, aber wirklichkeitsnahen Wissenschaft mit allen in Praxis und Politik Tätigen.“*

*Das gilt besonders für die Grundfragen der Wirtschaft überhaupt, mit denen die Arbeit jedes einzelnen ebenso wie die Höhe seiner Lebenshaltung zusammenhängen. Sie dürfen nicht von Parteipolitik und kurzfristigen Gruppeninteressen verdunkelt und beherrscht werden. Sie gehen auch nicht nur die Politiker, Journalisten, Syndici und Sekretäre an, sondern jedermann. ...*

*Die Erfahrungen seit der Geld-Umstellung vom Juni 1948 haben gezeigt, wie ausschlaggebend die Funktionen der Wirtschaft (und nicht nur die sogenannten 'realen Voraussetzungen') sind und wie sehr die Leistung und Anpassungsfähigkeit von der Wäh-*

*rung abhängen, mag nun ein Land 'arm' oder 'reich' sein.*

*Die 'Währung' ist im Titel nicht deshalb vorangestellt, weil sie eine selbständige Bedeutung neben oder gar vor der 'Wirtschaft' hätte. Sie ist 'nur' eine Hilfseinrichtung, vergleichbar dem Steuerruder eines Schiffes oder den Steuerungsstoffen von Organismen. Aber RICHTIGES GELD ist die Voraussetzung der einzel- und gesamtwirtschaftlichen Bestleistung und nicht weniger einer echten Sozialordnung. ...*

*Was uns besonders wichtig ist, wollen wir schon hier hervorheben: Alle Schaffenden sind dazu berufen, im Zusammenwirken den bestmöglichen Wirtschaftsertrag ihrer Arbeit und daraus ein ungemindertes Realeinkommen zu erzielen. Das ist der Kern aller wirtschaftlichen Fragen, und auch die Lösung aller sozialen Fragen hängt davon ab; es ist wichtig für Selbständige und Unselbständige, für Landwirtschaft, Handwerk und Industrie, für alle Berufe und alle Parteien, für Einheimische und Vertriebene. Deshalb wenden wir uns mit dieser Zeitschrift nicht an einen engen Kreis sogenannter Fachleute. Vielmehr ist jeder angesprochen, der sich verantwortlich fühlt. ...*

Thomas Gack schreibt unter dem Titel Eurogeld in der HAZ vom 2. 10. 1995:

*„Doch obgleich die Deutschen im Kreis der EU-Partner knallhart nahezu alle ihre Vorstellungen durchsetzen konnten, wird in der sensiblen deutschen Öffentlichkeit von interessierter Seite weiter europessimistisch die Angst vor dem 'künstlichen Esperanto-Geld' geschürt.“*

Auch wenn dem so ist, ist das weder ein Gewinn für die Deutschen noch für die anderen Europäer. Einfach deshalb, weil zu viele „deutsche“ Vorstellungen unklar und unwahr sind. Nicht einmal eine Vergrößerungskopie der Bundesbank für Europa wäre für uns und unsere Nachbarn ein Gewinn, weil die Probleme, die noch erkenntnistmäßig von den Akteuren durchdrungen werden müssen, sich in noch größeren Einheiten, als sie der Geltungsbereich der DM darstellt, noch schwieriger politisch und sachlich lösen lassen. Besonders im Bereich der Währungsfragen ist schwer zu erkennen, ob ihre Klärung durch falsche Vorstellungen, Gruppeninter-

sen oder gar von geheimen Mächten behindert wird. Der Verweis auf „interessierter Seite“ ist dabei zu schwammig und hat wenig Informationswert. Gack schreibt an anderer Stelle:

*„Wann endlich werden Finanzminister Waigel und Bundesbankpräsident Tietmeyer in der deutschen Öffentlichkeit offensiv und engagiert das Ziel verteidigen, das sie sich selbst gesetzt haben? Wann werden sie den Bürgern erklären, daß die 'Euro-Mark' so hart werden wird wie die alte D-Mark.“ ...*

### **Verweigern wir uns den „Autoritäten“ ...**

Wenn einem Räuber auf dem Weg zur Bank das Gewissen schlägt, dann sind wir doch froh darüber, daß er seinem Gewissen folgt und den Bankraub unterläßt. Nach den Erfahrungen in und mit dem Hitlerdeutschland erwarten wir von einem General doch auch, daß er sich einer militärischen Operation verweigert, wenn er sie mit seinem Gewissen und seinen Einsichten nicht in Einklang bringen kann.

### **... sonst sitzen wir Hochstaplern auf**

Sollten wir nicht froh darüber sein, daß ein Bundesbankleiter und ein Finanzminister Bedenken äußern, wenn sie sie haben? Politisches Handeln wird sonst bald wieder mit gewissenlosem Handeln gleichgesetzt. Die Fünfzig-Jahre-Feiern erinnern uns doch daran, daß wir diesen Tatbestand im unerträglichen Maße bereits hatten. Und wer unter den gegebenen Voraussetzungen eine stabile Euro-Mark verspricht, ist ein Hochstapler. Eine stabile Europawährung kann sich beim jetzigen Planungsstand nur als Zufallsergebnis in einem Zeitpunkt, nicht für einen Zeitraum, einstellen.

Dirk Löhr formuliert seinen Schlußsatz in seinem Artikel „Europäische Zentralbank - Europäische Währungsunion: Das Ende der Stabilitätskultur“, der vor der Ratifizierung der Verträge geschrieben wurde, indem er A. Zink und R. Vaubel zitiert:

*Die Verträge von Maastricht sind (...) ein Rückfall in den Merkantilismus. Seinerzeit kämpften Physiokraten und klassische Liberale hiergegen an. Für diejenigen politischen Kräfte, die sich in ihrer geistigen Tradition befinden, gilt es, in dieser Zeit des wirtschaftspolitischen Rückschrittes den Kampf wieder aufzunehmen. Auf das Maa-*

*strichter Vertragswerk bezogen heißt dies konkret: Wenn es richtig ist, daß eine stabile Währung wichtiger als eine gemeinsame Währung ist, so ist von dem Maastrichter Vertragsentwurf abzuzunehmen.*" (Zeitschrift für Sozialökonomie, 93 Folge, Juni 1992, S. 16)

Die Maastrichter Verträge sind ratifiziert. Sie können nicht einfach aus der Welt geschafft werden. Die Verträge müssen aber nachgebessert oder gekündigt werden. Wenn eine Kündigungsmöglichkeit nicht vorgesehen ist, ist das mehr als politischer Leichtsinn.

## **1.2 Zusammenfassung / Merkzettel für die weitere Diskussion**

Was ist nun zusammenfassend in bezug auf die europäische Währungsunion zu bedenken? Ich mache meine Aufzählung ohne Rangfolge und ohne Anspruch auf Vollständigkeit:

1. Die Schaffung einer Europa-Währung kann uns nicht davon befreien, über die künftige Gestaltung des Weltzahlungssystems nachzudenken. Der US-Dollar muß aus ökonomischen und politischen Gründen seine Rolle als Weltwährung verlieren und weder die DM noch die neue Europawährung dürfen die Rolle des Weltgeldes übernehmen.
2. Wenn eine Europa-Währung installiert werden soll, muß vorher klar sein, was unter dem Begriff Geld verstanden wird. Wenn von der (nach meiner Meinung falschen) Annahme ausgegangen wird, daß Buchgeld auch Geld ist, muß der Notenbank ein viel größeres Eingriffsrecht in die „Wirtschaft“ zugestanden werden, als wenn das nicht der Fall ist. Eine Klärung kann Freiräume bewahren und Bürokratismus vermeiden helfen.
3. Wenn der Notenbank ein Spielraum für Politik zugestanden wird, dann muß sie einen demokratischen Unterbau erhalten. Wird die Arbeit der Notenbank einem klaren Regelwerk unterworfen, genügt eine parlamentarische Kontrolle.
4. Die Regierungen der Mitgliedsländer dürfen keinen Zugriff auf die Notenpresse und Münzprägeanstalten bekommen.
5. Das Notenemissionsrecht und das Prägerecht für Münzen gehören beide in die Hand der Zentralbank.

6. Die Notenbanken haben heute erhebliche Schwierigkeiten mit der Geldmengensteuerung und somit mit der Preisniveaustabilität, weil sie die Umlaufgeschwindigkeit (oder besser den Ausnutzungsgrad) des Geldes nicht beherrschen. Als Umlaufsicherung dienen heute der Zins und die Inflationierung. Beides sind destruktive Elemente in der Währungspolitik. Wenn wir Fortschritte in der Ökonomie erzielen wollen, muß die Europa-Währung (müßten alle Währungen) mit einer neuen konstruktiven Umlaufsicherung ausgestattet werden.
7. Die Wechselkurse zwischen der Europa-Mark und anderen Währungen müssen frei sein.
8. Der europäischen Zentralbank muß es untersagt werden, auf Devisenmärkten als Käufer oder Verkäufer tätig zu werden. Sie braucht daher auch keine Reserven in Devisen oder Gold für Devisenmarktinterventionen. Die Haltung solcher Reserven ist ein binnen- und außenwirtschaftlicher Störfaktor. Für die Liquidität der Unternehmen in ausländischer Währung sind die Geschäftsbanken und Devisenbörsen zuständig.
9. Diese Zentralbank benötigt ebenfalls für die Deckung kein Gold, keine Devisen oder andere Wirtschaftsgüter. Das Geld erhält seinen Wert durch seine Funktion und behält ihn bei konstantem Umlauf durch die richtige Mengendosierung.
10. Die neue Zentralbank muß in die Lage versetzt werden zu verhindern, daß ihre Zahlungsmittel in Reservehorte anderer Notenbanken oder Wirtschaftsunternehmen wandern.
11. Die Notenbank muß das Recht erhalten, die Noten und Münzen gebührenpflichtig aufzurufen, um so diese Währung für Großräuber und Fälscher uninteressant zu machen.
12. Die Notenbank erhält kein Recht, die Geschäftsbanken mindestreservepflichtig zu machen. Eine Mindestreservepflicht ist ein unnötiger Eingriff in die Eigentumsrechte der Bürger, denn die Einlagen in den Banken repräsentieren legitime Ansprüche auf Güter im Markt. Die Kosten einer Mindestreservepflicht schmälern den Ertrag der Banken und gehen letztlich zu Lasten der Schuldner. Die Mindestreserve kann keine Bank vor dem Konkurs retten. Auch ist die

Mindestreserve kein Garantiefonds, aus dem Einleger befriedigt werden können, wenn eine Bank in Zahlungsschwierigkeiten gerät.

13. Wenn es richtig ist, daß Buch- oder Girogeld kein Geld ist, und daß es keinen Einfluß auf die Währungsstabilität hat, dann tangiert die Tätigkeit der Geschäftsbanken nicht den Aufgabenbereich der Notenbank. Meldepflichten über Einlagen und Ausleihungen und von den Geschäftsbanken abzuliefernden Statistiken sind auf ein erforderliches Minimum zu reduzieren. Falls ein Europakontrollamt für das Kreditwesen eingerichtet wird, hat dieses Amt kein Vormund für privat- und öffentlichrechtliche Unternehmen im Bankensektor und deren Kunden zu sein. Die Risiken der Geschäftsbanken liegen mehr in staatlicher Wirtschaftspolitik und in den Entscheidungen der Notenbank als in Fehlentscheidungen von Gesellschaftern, Leitern und Kunden der Geschäftsbanken.
14. Die Notenbank muß nach Einführung einer konstruktiven Umlaufsicherung des Geldes ihre Zinssätze für Kredite an die Geschäftsbanken und Regierungen höher ansetzen als der Geld- und Kreditmarkt, damit erst das bereits ausgegebene Geld in den Umlauf kommt, bevor die Notenbank neues Geld ausgibt. Die Notenbankzinssätze verlieren dadurch ihre Leitfunktion. Die Kommentatoren im Wirtschaftsteil der Zeitungen haben wesentlich weniger zu tun.
15. Das Instrumentarium der Geldmengensteuerung muß wirtschaftspolitisch neutral, mengensteuerungswirksam und aus Gründen der Transparenz einfach und klar sein.
16. Wenn sich herausstellen sollte, daß die Geldmengensteuerung durch den Zahlungsverkehr mit Scheckkarten und den elektronischen Datenaustausch gestört wird, muß die Notenbank das Recht erhalten, diesen Zahlungsverkehr zu stoppen oder einzuschränken. Die Beweislast muß dann bei der Notenbank liegen. Es muß dann eine neutrale Widerspruchsstelle für die Geschäftsbanken benannt werden. (Nach meiner Einsicht können die modernen Zahlungsmittel nur einen Einfluß auf die Umlaufgeschwindigkeit des Geldes haben.) Wenn die

Notenbankleitung zu dem Schluß kommen sollte, der Druck von Papiergeld und die Prägung seien im Elektronikzeitalter überholt, sie emittiere in Zukunft Geld nur noch elektronisch, also ohne Geldscheine und Münzen (was ich für möglich halte, was aber nichts mit dem zu hat, was unter dem Begriff Giralgeldschöpfung abgehandelt wird), dann sollte dies der Zustimmung aller nationalen Gesetzgeber bedürfen, weil es ein wesentlicher Eingriff in die Rechte des einzelnen ist, wenn er gezwungen wird, ein Konto zu eröffnen und alle seine Zahlungsvorgänge buchhalterisch erfassen zu lassen. Der Schritt zur totalen Kontrolle ist dann nicht mehr groß.

17. Die Notenbankleitung muß materiell an der Einhaltung des Stabilitätszieles durch ein System von Belohnung und Bestrafung (Prämien und Abzüge vom Gehalt) interessiert werden.
18. Da in den europäischen Ländern unzählige Verträge mit langfristigen Leistungsvereinbarungen in jeweiliger Landeswährung bestehen, muß es meiner Einsicht nach, um den Rechtsfrieden zu wahren, eine gesetzliche Regelung für die Zeit geben, wenn die nationalen Währungen aufgehört haben zu bestehen. Ich bin mir unsicher, ob ein Kaufkraftparitätenvergleich im Jahr der Umstellung reicht.
19. Da die Notenbank keine Geschäftsbank mit Aktionären, sondern ein Amt sein soll, muß geregelt werden, mit welchem Schlüssel welche Staatshaushalte an den nicht gedeckten Kosten und die Überschüsse beteiligt werden sollen.
20. Da wir uns ja auf den Weg machen wollen in eine Zukunft mit Freiheit und Wohlstand, müssen europäische Individuen und Gruppen von Wirtschaftsbürgern unabhängig von nationalen Grenzen ihre eigene Währung kreieren können, wenn die Zentralnotenbank (sagen wir) mehr als ein Jahr lang ihre Zielvorgaben nicht erfüllt. Dies macht der Politik und den NotenbankleiterInnen (neben der Methode, die unter Punkt 17 genannt wurde) schnelle Beine. ■

In unserem nächsten Heft setzen wir diesen Beitrag über die Europäische Währungsunion von Tristan Abromeit fort mit dem Unterthema:

**„Vom politischen Selbstverständnis, der eigenen Kritikbasis und vom mühsamen Geschäft der Aufklärung.“**

## Eine Warnung vor dem Europäischen Binnenmarkt aus dem Jahr 1926

*Natürlichem genügt das Weltall kaum,  
was künstlich ist, verlangt geschlossenen Raum.  
Goethe im „Faust“*

**Immer lauter erschallt der Ruf nach dem europäischen Zollverein. Ernsthafte Männer diskutieren ernsthaft das Problem ...**

**Der Sperrzoll wird Europa in ein geschlossenes Wirtschaftsgebiet verwandeln ... Dieses so künstlich geschlossene Wirtschaftsgebiet wird, da zu klein (die Industrie braucht die Produkte und damit auch die Absatzmärkte der ganzen Welt), immer bei allen Unternehmern das Gefühl des Beengtseins erwecken und damit den Wunsch nach Erweiterung des künstlich durch die Zollunion geschlossenen Wirtschaftsgebiets auslösen. Damit legen wir unser Schicksal wieder in die Hände von Imperialisten, die zur Erreichung ihrer Ziele kein anderes Mittel wissen als die Gewalt ...**

**Europäische Zollunion heißt nichts anderes als der europäische geschlossene Handelsstaat ... Die Zollgrenzen der europäischen Einzelstaaten schufen die wirtschaftlichen Gründe zum europäischen Krieg. Und ebenso werden die Grenzen der europäischen Zollunion die Interessen und die Stimmungen schaffen, die uns in den Weltkrieg gegen die panamerikanische und die mongolische Zollunion treiben werden ...**

**Darum: Reiner Tisch, ganze Arbeit. Keine europäische Zollunion, sondern Weltfreihandel, der allein die imperialistischen Triebe bändigen kann. Wer daher den Frieden wirklich will, der fordere die Beseitigung aller Zollgrenzen, den Weltfreihandel, indem er damit beginnt, die eigenen Zollgrenzen niederzulegen. Es ist das einzige, was er zu tun braucht und was er überhaupt tun kann. Die günstigen Wirkungen werden sich bald genug bemerkbar machen, und diese werden dann alle anderen Staaten zur Nachahmung veranlassen. Dann haben wir in kurzer Zeit den Weltfreihandel, ohne daß es nötig gewesen wäre, ein Wort darüber zu verlieren, ohne Konferenzen und Kongresse und Geschwätz.**

*Silvio Gesell,  
Der vereinigte Unsinn von Europa - Gegen den europäischen Zollverein,  
in: Die Freiwirtschaft, 8. Jg., 1926, Nr. 2, S.17 - 22*

Zitiert aus: Zeitschrift für Sozialökonomie 93/1992  
Gauke Verlag GmbH, Abt. Fachverlag für Sozialökonomie  
Postfach 1320, D-24319 Lütjenburg